

Abg. Steiner begrüßte die umfangreiche Antwort der Verwaltung. Er betonte deutlich seine Erwartung, dass die Metropolregion Rheinland (MRR) und auch die Geschäftsstelle sich nun endlich den Aufgaben widme, für die sie gegründet worden sei. Seine Fraktion hoffe, dass der Geschäftsführende Vorstand entsprechende Signale setze.

Abg. Hoffmeister führte aus, seine Fraktion stehe in Solidarität mit Herrn Landrat Schuster. Die MRR habe sich noch nicht gefunden. Es sei aber auch zu bedenken, dass jetzt fünf obere Verwaltungsebenen bestehen, und zwar Kreis, Bezirksregierung, LVR, Regio und MRR.

Abg. Läggl verwies auf die Entscheidung des Kreistages vom 30.01.2017. Hier sei eine Evaluation nach 3 Jahren gefordert worden. Die Fraktionen CDU/DIE GRÜNEN hätten diese Forderung durch den jetzt gestellten Antrag vorgezogen. Allerdings fordere die SPD-Fraktion, dass der gefasste Beschluss trotzdem eingehalten werde und eine weitere Evaluation nach drei Jahren Gründungszeit MRR stattfinde.

SkB Peter betonte, dass diese Anfrage zum richtigen Zeitpunkt gestellt worden sei. Durch einige Indikatoren war es sinnvoll, steuernd einzugreifen. Er habe weiterhin große Bedenken! Wie Abg. Hoffmeister schon ausgeführt habe, bestehen fünf vergleichbare Ebenen, die teilweise miteinander konkurrieren. Hier müsse jetzt ein Bereinigungsprozess stattfinden. Dieses Anliegen sei mit der vorliegenden Anfrage zum Ausdruck gekommen. Er unterstütze auch das Ansinnen, dass die 3-Jahresfrist eingehalten werden solle, um über die MRR-Tätigkeit kurzzeitig unterrichtet zu sein und ggf. einschreiten zu können.

Abg. Steiner bestätigte diese Aussagen. Es sei richtig, zum jetzigen Zeitpunkt korrigierend einzugreifen. Auch er sei für eine erneute Evaluation entsprechend des Beschlusses des Kreistages. Allerdings schob er auch ein, dass dies auch früher sein könne, wenn hierfür eine Notwendigkeit bestehe. Er hoffe jedoch, dass dies nicht erforderlich werde.

Abg. Hoffmeister bemerkte, dass die Lage jetzt akut sei. Die MRR erscheine ziemlich ratlos. Zudem werde der Geschäftsführer von denjenigen kritisch gefragt, die ihn „installiert“ hätten. Insofern sei jetzt der richtige Zeitpunkt, sich mit dem Thema zu befassen und die weitere Entwicklung eng zu beobachten.

Abg. Josten-Schneider ergänzte, dass dieses Thema wohl häufiger auf der Tagesordnung stehen und den Ausschuss weiter begleiten werde. Sie bedankte sich ausdrücklich für die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung.